

# **Zusätzliche Vertragsbedingungen**



**Kaufmännische Krankenkasse - KKH**  
**Karl-Wiechert-Allee 61**  
**30625 Hannover**

## Inhalt

1.	Vertragsbestandteile (§ 1 Nr. 2 VOB/B bzw. VOL/B) .....	3
2.	Preise.....	3
3.	Änderung der Leistung (§ 2 Nr. 3 VOB/B bzw. VOL/B) .....	4
4.	Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B bzw. VOL/B) .....	4
5.	Einsatz von Unterauftragnehmer bzw. Nachunternehmer (§ 4 Abs. 8 VOB/B bzw. § 4 Nr. 4 VOL/B ) .....	4
6.	Kündigung oder Rücktritt durch den Auftraggeber (§ 8 VOB/B bzw. VOL/B) ...	5
7.	Abnahme, Gefahrübergang (§ 13 VOB/B bzw. VOL/B).....	5
8.	Mängelansprüche und Verjährung (§ 13 VOB/B bzw. § 14 VOL/B) .....	5
9.	Anforderung an die Abrechnung (§ 14 VOB/B bzw. § 15 VOL/B) .....	6
10.	Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 15 VOB/B bzw. § 16 VOL/B)	6
11.	Zahlungen (§ 16 VOB/B bzw. § 17 VOL/B) .....	7
12.	Abtretung .....	7
13.	Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht, Vertragsübergang, Änderung der Firma	8
14.	Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B bzw. § 18 VOL/B) .....	8
15.	Bürgschaften (§ 17 VOB/B bzw. § 18 VOL/B) .....	8
16.	Erfüllungsort und Gerichtsstand .....	9
17.	Verträge mit ausländischen Auftragnehmern .....	9

**Hinweis:** Die Paragraphenhinweise in den nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) bzw. auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

## 1. Vertragsbestandteile (§ 1 Nr. 2 VOB/B bzw. VOL/B)

### 1.1 Bestandteile des Vertrages sind in folgender Reihenfolge:

- Das Zuschlagsschreiben/Auftragsschreiben und/oder der Bestellschein
- die Leistungsbeschreibung
- die Besondere Vertragsbedingungen – BVB –  
(Insbesondere individuelle Vertragsbedingungen der Auftraggeberin wie „Besondere Vertragsbedingungen“ und „Individuelle Festlegungen und Ergänzungen zu den ergänzenden Vertragsbedingungen für IT-Leistungen“ bzw. „Individuelle Festlegungen und Ergänzungen zu den besonderen Vertragsbedingungen für die Beschaffung von DV-Leistungen“ können Vertragsbedingungen in diesem Sinne sein.)
- etwaige Ergänzende Vertragsbedingungen  
(In den Verdingungsunterlagen genannte „Ergänzende Vertragsbedingungen für IT-Leistungen (EVB-IT)“ bzw. „Besondere Vertragsbedingungen für die Beschaffung von DV-Leistungen (BVB)“ können Vertragsbedingungen in diesem Sinne sein.)
- die Zusätzlichen Vertragsbedingungen – ZVB –
- etwaige allgemeine Technische Vertragsbedingungen (In den Verdingungsunterlagen genannte technische Regelwerke, insbesondere DIN-Normen, sind allgemeine Technische Vertragsbedingungen im Sinne dieser Regelung.)
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOB/B bzw. VOL/B).

Maßgeblicher Stand der VOB/B bzw. VOL/B und der in den Vergabeunterlagen ggf. genannten DIN und sonstigen Vorschriften ist die mit Beginn des jeweiligen Vergabeverfahrens gültige Fassung.

### 1.2 Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

### 1.3 Durch die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt.

## 2. Preise

### 2.1. Die angebotenen Preise sind feste Preise.

### 2.2. Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Produkt aus Einheitspreis und Mengenansatz entspricht.

### 2.3. Durch die vereinbarten Preise werden alle Leistungen abgegolten, die nach den Vergabeunterlagen und der gewerblichen Verkehrssitte zur vertraglichen Leistung gehören. Hierzu zählen auch die notwendigen Nebenleistungen wie z.B. die Kosten für Verpackung, Anlieferung und Versicherung sowie Rücknahme und umweltgerechte Entsorgung von Packstoffen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

### 2.4. Die Preisvereinbarung dieses Auftrags unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Auftrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o.g. Verordnung, soweit nicht in dem Auftrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.

- 2.5. Mit der Annahme des Auftrags ist der Auftragnehmer verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v.H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v.H. darf nicht überschritten werden.

### **3. Änderung der Leistung (§ 2 Nr. 3 VOB/B bzw. VOL/B)**

- 3.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr. 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach – anzeigen.
- 3.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.
- 3.3 Bei marktgängigen serienmäßigen Erzeugnissen, für die Einheitspreise im Vertrag vorgesehen sind,
- ist der Auftragnehmer verpflichtet, Mehrleistungen bis zu 10 v.H. der im Vertrag festgelegten Mengen zu den im Vertrag festgelegten Einheitspreisen zu erbringen,
  - begründen Minderungen bis zu 10 v.H. der im Vertrag festgelegten Mengen keinen Anspruch auf Änderung der im Vertrag festgelegten Einheitspreise.

Auf Verlangen sind neue Ausführungsfristen zu vereinbaren.

### **4. Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B bzw. VOL/B)**

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung freigegeben gekennzeichnet sind.

### **5. Einsatz von Unterauftragnehmer bzw. Nachunternehmer (§ 4 Abs. 8 VOB/B bzw. § 4 Nr. 4 VOL/B )**

- 5.1 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die geeignet sind.  
Er hat die Unterauftragnehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 5.2 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Namen und Anschrift des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt zu geben.
- 5.3 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt.

## **6. Kündigung oder Rücktritt durch den Auftraggeber (§ 8 VOB/B bzw. VOL/B)**

- 6.1 Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer Personen, die aufseiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahe stehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die aufseiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 6.2 Hat der Auftragnehmer den Auftrag durch strafbares Handeln erlangt, hat der Auftraggeber Anspruch auf Schadensersatz. Der Schadensersatz beträgt 3% der Auftragssumme. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis eines geringeren, dem Auftraggeber der Nachweis eines höheren Schadens im Einzelfall vorbehalten.
- 6.3 Stellt der Auftragnehmer seine Zahlungen ein, wird ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt, das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet oder liegen Wechsel oder Scheckproteste gegen ihn vor, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag ganz oder teilweise fristlos zu kündigen, ohne dass daraus Ansprüche gegen den Auftraggeber hergeleitet werden können.
- 6.4 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

## **7. Abnahme, Gefahrübergang (§ 13 VOB/B bzw. VOL/B)**

- 7.1 Die Lieferung oder Leistung ist förmlich abzunehmen, sofern in den besonderen Vertragsbedingungen oder der Leistungsbeschreibung nichts anderes vereinbart ist. Bei Aufbauleistungen hat der Auftragnehmer die Abnahme, ggf. auch Teilabnahme, rechtzeitig schriftlich zu beantragen.
- 7.2 Die Gefahr geht – wenn nichts anderes vereinbart ist – auf den Auftraggeber über
- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
  - bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.
- 7.3 Verweigert der Auftraggeber die Abnahme der Leistung wegen wesentlicher Mängel, hat der Auftragnehmer nach Beseitigung der Mängel die Abnahme erneut zu beantragen.

## **8. Mängelansprüche und Verjährung (§ 13 VOB/B bzw. § 14 VOL/B)**

- 8.1 Die Verjährungsfrist der Gewährleistungsansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung oder, wenn eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, mit der unbeanstandeten Annahme der Lieferung.

## **9. Anforderung an die Abrechnung (§ 14 VOB/B bzw. § 15 VOL/B)**

- 9.1 Die Rechnung ist nur nachprüfbar, wenn der Rechengang verfolgt und geprüft werden kann. Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.
- 9.2 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind laufend zu nummerieren.
- 9.3 In den Rechnungen sind die Leistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses aufzuführen und mit Nettopreisen (Einheitspreisen, Pauschalpreisen, Verrechnungssätzen, Stundenlohnzuschlägen) anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist mit dem Steuersatz anzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, wenn der Auftragnehmer dieses zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebliche Steuersatz.

- 9.4 Vom Auftragnehmer gewährte Nachlässe sind abzuziehen. Skonti sind anzugeben.
- 9.5 Alle Rechnungen sind in der Hauptverwaltung der KKH, Zentraler Einkauf, 30625 Hannover, Karl-Wiechert-Allee 61 oder an die Emailadresse: Rechnungen-ZE@kkh.de einzureichen.  
Detaillierte Angaben zur Nutzung einer elektronischen Rechnung werden mit dem SAP- Bestellauftrag mitgeteilt oder können im Internet unter <https://www.kkh.de/vertrags-partner/elektronische-rechnung> eingesehen werden.

## **10. Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 15 VOB/B bzw. § 16 VOL/B)**

- 10.1 Sind in einem Vertrag Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen vorgesehen, so ist die dafür angegebene Zahl von Stunden unverbindlich. Beahlt wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit auf der Grundlage der effektiven Zeitstunden.

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen nach Vorgaben der KKH Nachweise einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B bzw. § 16 Nr. 2 VOL/B das Datum, die Bezeichnung des Ausführungsortes, die Art der Leistung, die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppe, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und ggf. die Gerätekenngößen enthalten.

- 10.2 Sind Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen mit anderen Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen aufzustellen.

## 11. Zahlungen (§ 16 VOB/B bzw. § 17 VOL/B)

- 11.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro (€) geleistet. Der Auftragnehmer gibt auf der Rechnung den gewünschten Zahlungsweg an. Die vereinbarten Preise sind Nettopreise zzgl. gesetzl. geltender MwSt. und schließen Nachforderungen aller Art aus.
- 11.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 11.3 Als Tag der Zahlung gilt bei einer Überweisung von einem Konto der Tag des Zugangs des Überweisungsauftrags beim Geldinstitut des Auftraggebers.

## 12. Abtretung

- 12.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaiger Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.
- 12.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,
  - wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrags schriftlich angezeigt worden ist und
  - wenn der neue Gläubiger dabei folgende Erklärung abgegeben hat:

„Ich erkenne an:

    - a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
    - b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
    - c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
    - d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an die Postbank oder Geldanstalt) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der die Zahlung bearbeitende Kassensbedienstete schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.“

12.3 Tritt der Auftragnehmer eine Forderung gegen den Auftraggeber ohne dessen Zustimmung an einen Dritten ab, so ist die Abtretung gleichwohl wirksam. Der Auftraggeber kann dann nach seiner Wahl mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer oder den Dritten leisten.

12.4 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

### **13. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht, Vertragsübergang, Änderung der Firma**

Der Auftragnehmer darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Zurückbehaltungsrechte stehen dem Auftragnehmer nur zu, soweit sie auf demselben rechtlichen Verhältnis beruhen

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jeden kraft Gesetzes eintretenden Vertragsübergang und jede Änderung seiner Firma unverzüglich mitzuteilen.

### **14. Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B bzw. § 18 VOL/B)**

14.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsmäßige Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadenersatz sowie auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen.

14.2 Die Sicherheit für Gewährleistung erstreckt sich auf die Erfüllung der Ansprüche auf Gewährleistung einschließlich Schadenersatz sowie auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen.

### **15. Bürgschaften (§ 17 VOB/B bzw. § 18 VOL/B)**

15.1 Ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.

15.2 Die Bürgschaft ist von einem im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer zu stellen.

15.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- „Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Aufrechnung sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet, sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.“



- 15.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde zu stellen.
- 15.5 Die Urkunde über die Vertragserfüllungsbürgschaft wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer
- die Leistung vertragsgemäß erfüllt hat,
  - etwaig erhobene Ansprüche befriedigt hat und
  - eine vereinbarte Sicherheit für Gewährleistung geleistet hat.
- 15.6 Die Urkunde über die Gewährleistungsbürgschaft wird auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Gewährleistung abgelaufen und die bis dahin erhobenen Ansprüche erfüllt sind.
- 15.7 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

## **16. Erfüllungsort und Gerichtsstand**

- 16.1 Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde, ist Erfüllungsort für die Lieferverpflichtung die vom Auftraggeber gewünschte Versandanschrift bzw. Verwendungsstelle; für alle übrigen Verpflichtungen beider Seiten die KKH-Hauptverwaltung, Karl-Wiechert-Allee 61, 30625 Hannover
- 16.2 Für sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung mit Kaufleuten einschließlich Wechsel- und Scheckforderungen ist ausschließlicher Gerichtsstand Hannover. Der Auftraggeber behält sich jedoch das Recht vor, seine Ansprüche an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand geltend zu machen.

## **17. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern**

Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.